



### Presseschau vom 14.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### abends/nachts:

de.sputniknews.com: „Schändliche Komödie“: Moskau zu US-Anklagen wegen „russischer Einmischung“.

Das russische Außenministerium hat die Vorwürfe des US-Justizministeriums gegen zwölf russische Staatsbürger wegen angeblicher Einmischung in US-Wahlen kommentiert.

Zuvor hatte das Justizministerium der Vereinigten Staaten zwölf russische Staatsbürger, die angeblich in Russlands Geheimdiensten tätig gewesen waren, im Rahmen der Ermittlungen zur angeblichen Einmischung Moskaus in die US-Wahlen angeklagt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, in Hackerattacken verwickelt gewesen zu sein.

Das Ziel dieser Vorwürfe sei es, die Atmosphäre im Vorfeld des US-russischen Gipfeltreffens in Helsinki zu vergiften, heißt es in einem Kommentar, der auf der Webseite des russischen Außenministeriums veröffentlicht ist.

„Die einflussreichen politischen Kräfte in den USA, die sich einer Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Ländern widersetzen und bereits seit zwei Jahren unverhohlene Verleumdung betreiben, bemühen sich nun in Eile, ein Maximum aus einer nächsten Seifenblase herauszuholen, die schnell vergessen sein wird“.

Derartige Äußerungen würden das Vertrauen zur US-Demokratie unterminieren, betonten russische Diplomaten.

„Es ist bedauernd, dass es in Washington zur Norm geworden ist, falsche Informationen

zu verbreiten, und dass Strafverfahren offensichtlich politisch motiviert sind", heißt es im Kommentar weiter. Die Initiatoren dieser „schändlichen Komödie" würden sich früher oder später für den Schaden verantworten müssen, den sie der US-Demokratie zugefügt haben. Außerdem konstatierte das russische Außenministerium erneut fehlende Beweise der angeblichen Einmischung Russlands in die US-Präsidentenwahl 2016.

### **Vormittags:**

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Sokolniki** und **Shelobok**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Poroschenko droht allen, die einen Nato-Beitritt der Ukraine verhindern wollen.

Niemand kann den Kurs der Ukraine auf eine Nato-Mitgliedschaft verhindern. Dies verkündete der Präsident des Landes Petro Poroschenko, als er die Ergebnisse des Brüssel-Besuchs sowie die Teilnahme am Nato-Gipfel kommentierte, berichten russische Medien. „Wer mit uns die Sprache der Erpressung spricht, wird isoliert werden“, antwortete der ukrainische Staatschef, als er zur Frage der Position Ungarns Stellung nahm. Ungarn hatte über sein Vorhaben mitgeteilt, die Integration der Staaten in die Nato aufgrund des angenommenen Sprachgesetzes im Land zu blockieren. Seinen Worten zufolge wird die Ukraine ihre nationalen Interessen verteidigen.

„Niemand wird die Integration der Ukraine in die Nato verhindern können – weder von außen, womit ich Russland meine, noch von innen durch die „fünfte Kolonne“, noch in der Nato selbst“, betonte der Präsident.

Poroschenko bemerkte, dass sich Kiew „fortwährend an die Mitgliedschaft in der Nato annähert“ und ihn niemand „stoppen kann“. „Die Türen sind offen, die Unterstützung verpflichtend, und das gibt uns bedeutende Perspektiven“, schloss er.

Die Ukraine annullierte im Dezember 2014 den Blockfreien-Status. Im Juni 2017 erklärte Kiew den Nato-Beitritt zur außenpolitischen Priorität.

Jedoch teilte im März dieses Jahres der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums für die Ukraine mit, dass das Land nicht bereit für einen Beitritt zur Allianz sei.

Im September 2017 nahm das ukrainische Parlament (Werchowna Rada) ein Bildungsgesetz an, das Ukrainisch zur einzigen zulässigen Unterrichtssprache erklärt. Ungarn, Rumänien, Moldawien, Bulgarien und Russland machten sich gegen die Verabschiedung dieser Verordnung stark.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32108/56/321085688.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 13. Juli 3:00 Uhr bis 14. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donzek (Volvo-Zentrum, Trudowskije), Dokutschajewsk, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung sowie Schäden an Wohnraum und Infrastruktur wurden bislang nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 36. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 58.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: „In miserablen Zustand“: General zu Luftverteidigung der Ukraine.

Der General der ukrainischen Streitkräfte a.D. Dmitri Umanetz hat die Lage in der Luftabwehr der Ukraine gegenüber lokalen Medien kommentiert.

Laut dem General befindet sich das ukrainische Luftverteidigungssystem in einem miserablen Zustand – im Land wird kein einziges Flugabwehrraketensystem hergestellt.

„Die ganze Produktion und die wissenschaftliche Basis sind in Russland geblieben. Deshalb muss man sich mit dieser Frage auseinandersetzen“, so Umanetz.

Die Behörden hätten keine große Lust, die schon in Dienst stehenden Systeme zu reparieren. Es gebe auch Probleme mit Pulver und Raketen, unterstrich der General.

„Was die Raketen betrifft: Wir setzen alte Waffen ein, die in den Basen und Lagern geblieben sind. Wissen Sie, einige Raketen sind schon mehrmals in die Luft gestartet“, so Umanetz weiter.

Gleichzeitig hätten ukrainische Unternehmen in den letzten Jahren allerdings ein Viertel aller

Buk-M1-Flugabwehrraketensysteme wieder in den Dienst gestellt. Deshalb sollten für sie Raketen produziert werden, betonte der ukrainische General.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31448/37/314483733.jpg>

Dnr-online.ru: Die Rückkehr von staatlichen Unternehmen in private Hände wäre ein Fehler. Dies erklärte in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR der Bürgermeister von Charzysk Alexandr Lewtschenko.

„Bei uns in der Stadt wurden staatliche Unternehmen geschaffen - „Silur“ und „Donbass-Liberti“. (Diese Unternehmen stellen Stahlseile bzw. Möbel her; Anm. d. Übers.) Die Unternehmen arbeiten effektiv, entwickeln sich, die Arbeiter sind zum ersten Mal seit vielen Jahren mit einem vollen sozialen Paket versorgt. Der Staat hat Arbeitsplätze geschaffen, Spezialisten kehren zurück. Deshalb wäre eine Rückkehr der Unternehmen in private Hände ein Fehler.

Staatliche Unternehmen haben immer stabil gearbeitet, sie haben ein volles Sozialpaket und Perspektiven über einige Jahre im Voraus gewährleistet. Die Menschen, die in staatlichen Betrieben arbeiten, können sich ihrer Zukunft sicher sein“, berichtete Alexandr Lewtschenko. Wie der Bürgermeister sagte, nehmen die Leiter der staatlichen Unternehmen „Silur“ und „Donbass-Liberti“ aktiv am Leben der Stadt teil und unterstützen sie nach ihren Möglichkeiten im sozialen Leben.

de.sputniknews.com: „Wir werden als Objekt benutzt“: Ukrainischer Abgeordneter über US-Geopolitik.

Der Abgeordnete des ukrainischen Parlaments (Werchowana Rada) Jewgeni Murajew hat das Verhalten des Westens gegenüber der Ukraine kritisiert und sich zu den westlichen Sanktionen gegen die Krim geäußert.

Dem Parlamentsabgeordneten zufolge fügen die gegen die Krim verhängten wirtschaftlichen Beschränkungen der russischen Wirtschaft keinen besonderen Schaden zu.

„Die Sanktionen, über die unsere Behörden ständig posaunen, gegen die Krim, wenn Sie das analysieren, sind sie absolut nichtig. Die wichtigsten der verhängten Beschränkungen sind nach MH17 (Abschuss einer malaysischen Passagiermaschine über der Ostukraine 2014 – Anm. d. Red.) und nach den Ereignissen im Osten unseres Landes auferlegt worden“, sagte Murajew. Sollten die Verhandlungen im Minsker Format erfolgreich beendet werden, würden die Sanktionen gegen die Krim bleiben, die nicht schaden, so der Abgeordnete.

Der Politiker verwies außerdem darauf, dass die USA die Ukraine nicht als Partner betrachten, sondern als Druckmittel gegen Russland benutzen würden.

„(Die USA – Anm. d. Red.) nutzen uns als ein Objekt dafür aus, um ihre geopolitischen Fragen zu lösen. Wir sind eine Stelle, die dafür benutzt wird, um einen wunden Punkt Russlands zu treffen – nicht um unsere Probleme zu lösen, sondern um die eigenen politischen Interessen zu sichern“, betonte Murajew.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich seit 2014 im Zuge der Ukraine-Krise rapide verschlechtert. Der Westen hatte Russland vorgeworfen, sich in die innenpolitischen Angelegenheiten der Ukraine einzumischen, und Sanktionen verhängt. Moskau hat wiederholt betont, Russland sei keine Partei des innenukrainischen Konfliktes; es beteilige sich nicht am Geschehenen im Donbass und sei daran interessiert, dass die Ukraine ihre politische und wirtschaftliche Krise überwindet.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32154/80/321548098.jpg>

ukrinform.ua: Projekt der „Energiebrücke“ Ukraine-EU präsentiert  
Der Chef des Ausschusses des ukrainischen Parlaments der Werchowna Rada für Energiewesen, Olexander Dombrowskyj und der Präsident der ukrainischen Atomenergiebehörde Energoatom, Juri Nedaschkiwskyj, haben im Europäischen Parlament einen Entwurf der „Energiebrücke“ Ukraine- EU und das Projekt zum Ausbau des Chmelnyzkyj Atomkraftwerks vorgelegt.

Dies teilt das Presseamt der Behörde Energoatom mit.

"Der ukrainische Energiesektor verfügt über das größte Energiepotential in Mitteleuropa und beträgt 55.400 Megawatt“, betonte Dombrowskyj.

Seinen Worten nach könne die Ukraine bei der Zusammenarbeit mit Polen und den Ländern des Baltikums einen Energiehub aufbauen, der zu einem Gegengewicht zu dem Diktat des russischen Energiemonopols werde.

Am Treffen nahmen Abgeordnete des EU-Parlaments, Vertreter des Energiesektors, Experten der Branche sowie Vertreter der EU-Kommission und des Europäischen Verbandes der Betreiber der Energiesysteme teil.

de.sputniknews.com: Syrischer Ex-Kämpfer: „Terroristen waren Vollzieher der Politik der USA und Israels“.

Ein Syrer, der früher einer Terrorgruppe angehörte, hat in der Stadt Naima der Provinz Deraa gegenüber Sputnik-Arabia von der Tätigkeit der illegalen Einheit erzählt.

Der Militante Muhammed Ibrahim Abbud betonte, er sei nach dem Verlassen der Armee irrtümlicherweise der Einheit beigetreten. Er will jedoch nicht gewusst haben, dass er an der Seite der „Feinde seiner Heimat“ kämpfte.

„Heute kehre ich in die Reihen der syrischen Armee zurück, die ich früher verlassen habe. Die Terroristen waren die Vollzieher der Politik der USA und Israels. Wir haben das nicht gewusst, wir wollten für unsere Heimat kämpfen, für die Sicherheit“, so Abbud. Er wünsche allen, die gegen die syrische Armee kämpfen würden, „wieder treue Söhne der Heimat“ zu werden.

Als Ergebnis erfolgreicher Verhandlungen zwischen den russischen Militärs und der in Tafas operierenden Miliz wurden Dutzende Dörfer und Siedlungen sowie ein großer Teil des Gebiets an der Grenze zu Jordanien in der Provinz Deraa kampflos unter die Kontrolle der syrischen Armee übergeben. Der Kampf gegen den IS (Islamischer Staat, auch Daesh) und „Dschabhat an-Nusra“ geht im Westen der Provinzen Deraa und Kuneitra weiter.

**Dnr-news.com: Sawtschenko kündigt einen weiteren Hungerstreik an aufgrund der Verlängerung ihrer Haft**

Nadeshda Sawtschenko, die wegen des Verdachts der Vorbereitung von Terroranschlägen in der Ukraine festgenommen worden war, kündigte einen Hungerstreik an, da das Kiewer Schewtschenko-Bezirksgericht ihre Haft bis zum September verlängert hatte.

Die ukrainische Nachrichtenagentur UNN berichtete, dass das Gericht die Untersuchungshaft für Sawtschenko ohne die Möglichkeit einer Freilassung auf Kautions verlängert hatte.

Nach Angaben der Internetpublikation „Ukrainskaja Prawda“ wurde die Haft von Sawtschenko bis zum 10. September verlängert.

„Als Zeichen des Protestes gegen die Willkür der Richter und Staatsanwälte kündigte Nadeshda Sawtschenko einen unbefristeten Hungerstreik an“, hieß es auf der Facebook-Seite der ukrainischen Abgeordneten.

**ukrinform.ua: Britische Ausbildungsprogramme für ukrainische Militärs**

Über 11.000 ukrainische Militärs wurden im Rahmen der britischen Übungsmission Orbital angefangen seit 2015 ausgebildet.

Dies teilt die Botschaft Großbritanniens in der Ukraine in Facebook mit.

Es wird betont, dass die Mission den ukrainischen Armeemitgliedern „nicht-tödliche“ Fähigkeiten beibringe. Ausgebildet werden ukrainische Soldaten weit von dem Konfliktgebiet in der Ostukraine. Britische Militärausbilder unterweisen ukrainische Soldaten in Sachen Notfallversorgung, Geländebeurteilung, Logistik und geheimdienstliche Analyse.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_07/1531557640-2305.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_07/1531557640-2305.jpg)

### Nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR über die Lage am 14. Juli 2018

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte die **Intensität der Beschüsse auf das Territorium der Republik nicht verringert.**

**In Richtung Mariupol** wurde **Leninskoje** von Seiten der ukrainischen Kämpfer beschossen. Die ukrainischen Terroristen aus der 36. Marineinfanteriebrigade haben 12 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf die Ortschaft abgeschossen.

**In Richtung Donezk** haben die Kämpfer aus der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft eines weiteren Kriegsverbrechers, W. Klotschkow, **Dokutschajewsk, den Petrowskij- und den Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk** beschossen. Es wurde mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, geschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **vier Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt. Opfer und Zerstörungen gab es nicht.

Wir stellen weiter Fälle nicht kampfbedingter Verluste unter dem Personal der ukrainischen Besatzungskräfte fest. So beging am 9. Juli im Gebiet von Awdejewka ein Soldat der 2. Haubitzenartillerieabteilung der 92. mechanisierten Brigade, der Wachdienst hatte, Selbstmord, indem er sich mit seiner Dienstwaffe, einer AK-74, in den Kopf schoss. Nach Informationen aus der Militärstaatsanwaltschaft war die Ursache des Selbstmords eine psychoemotionale Störung im Zusammenhang mit familiären Problemen und der Weigerung des Kommandos, deshalb den Vertrag mit ihm aufzulösen. Außerdem ist uns eine Statistik

bekannt, nach der im Zeitraum vom **20. Juni bis zum 13. Juli dieses Jahres von Soldaten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ 12 Selbstmordversuche** begangen wurden, davon 8 mit tödlichem Ausgang, was auf das äußerst niedrige Niveau des moralisch-psychischen Zustands bei den Soldaten verweist und auf den Unwillen der Kommandeure, psychoemotionale Probleme bei den Soldaten der Besatzungskräfte zu klären. Trotz zahlreicher Kontrollen und Inspektionskommissionen in den Raketenartilleriewaffenlagern in der Zone des Genozids an der Bevölkerung des Donbass bleibt die Situation bezüglich der **Lagerung von Munition wie zuvor kritisch**. Im Zusammenhang mit dem nicht zufriedenstellenden Zustand der Waffenlager wurde am 12. Juli im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Berdjanskoje ein weiterer Besuch einer Gruppe von Offizieren des Stabs der Besatzungskräfte bemerkt, um den Bestand und die Lagerung des Raketenartilleriewaffenmaterials zu kontrollieren. Im Zusammenhang mit dem Tod von vier und der Verletzung von acht Soldaten am 6. Juli auf dem Übungsplatz in Rowenki wurde eine Anweisung des Stabs der Besatzungstruppen über ein Verbot der Nutzung von Mörsern ukrainischer Produktion vom Typ „Molot“ erlassen, die bis zu einer weiteren Anweisung Gültigkeit hat. Nach uns vorliegenden Informationen hat das Kommando der Besatzungskräfte im Vorfeld des Treffens der Präsidenten Russlands und der USA am 16. Juli eine **Anweisung zur Verstärkung der provokativen Beschüssen des Territoriums der Republik** erteilt, um die Lage zuzuspitzen und zu verschärfen. Aus diesem Grund wurde in der Kampfzone die **Ankunft von Gruppen von Journalisten führender ukrainischer Massenmedien** bemerkt, die inszenierte Videoaufnahmen von Verletzungen des Regimes des Waffenstillstands, die angeblich unsererseits stattfinden, erstellen sollen.

de.sputniknews.com: Netz verspottet Poroschenkos Auftritt vor leerem Saal bei Nato-Gipfel  
Nutzer der sozialen Netzwerke haben sich über ein Foto von dem gemeinsamen Briefing des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und des Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg in Brüssel lustig gemacht. Das Bild wurde vom Chefredakteur der ukrainischen Online-Zeitung „Tajmer“ Juri Tkatschow via Facebook veröffentlicht.

Darauf ist zu sehen, dass der Saal, wo das Treffen abgehalten wurde, fast leer ist. Journalisten und Fotografen füllten nur einige Plätze in den ersten Reihen.

„Ukraine – Nato: Ihre Meinung ist uns sehr wichtig“, schrieb Tkatschow auf Facebook.

Die Facebook-Nutzer zeigten sich von dieser Situation nicht überrascht. Sie nahmen an, dass die Journalisten nicht mehr erwarten würden, etwas Neues vom ukrainischen Präsidenten zu vernehmen.

„Und was gibt es zu hören? Wir haben ihn vor fünf Jahren einmal gehört und seitdem ist alles dasselbe“, schrieb der User Ilja Bendik.

„Alle Journalisten befinden sich im Pressezentrum der Fußball-WM 2018“, scherzte Sergej Schutikow.

Einige User versuchten, das seltsame Bild mit der Tatsache zu erklären, dass es sich dabei um eine Probe der Zusammenkunft handelte. Außerdem wurden Spekulationen unternommen, wonach alle Pressevertreter zu jenem Zeitpunkt „Essen gewesen“ sein sollen.

Die russischen Medien berichten, auf dem von dem Pressedienst des ukrainischen Präsidenten veröffentlichten Video der Pressekonferenz sowie auf den in ukrainischen Medien kursierenden Darstellungen seien Poroschenko und Stoltenberg in Großaufnahme zu sehen. Der leere Saal sei auf diesen Aufnahmen nicht zu erkennen.



<https://scont>

[ent-ber1-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/q85/s526x296/36857373\\_1703628076421587\\_2090153312136462336\\_n.jpg?\\_nc\\_cat=0&oh=bc503a34249fb8e0226a244fe73b7ace&oe=5BE64AE3](https://scont-ber1-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/q85/s526x296/36857373_1703628076421587_2090153312136462336_n.jpg?_nc_cat=0&oh=bc503a34249fb8e0226a244fe73b7ace&oe=5BE64AE3)

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal die Bedingungen des „Erntewaffenstillstands“ verletzt**, indem sie Positionen der Volksmilizen im Gebiet von **Shelobok und Sokolniki** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen haben.

Insgesamt wurden 35 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die Beschüsse erfolgten von den Positionen der 53. Brigade der ukrainischen Brigade, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Grusewitsch ist.

Trotz der Erklärungen des offiziellen Kiews über ihre Unterstützung für eine Lösung des Konflikts im Osten des Landes ausschließlich auf friedlichem Weg ist die reale Situation in der Zone der Strafoperation eine andere.

So wurden nach unseren Informationen am 10. Juli im Gebiet von Bachmut auf der Basis des Stabs der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **Übungen mit Operateuren von Drohnen** durchgeführt. Im Verlauf der Übungen wurden Fragen der Erhöhung der Effektivität der Luftaufklärung sowie der Organisation der Zusammenarbeit mit Artillerieeinheiten behandelt. Im Zusammenhang damit schließen wir eine Zunahme der provokativen Beschüsse in Richtung Debalzewo nicht aus.

Außerdem erfolgt im Zeitraum vom 8. Juli bis 28. September auf der Basis des 169.

Ausbildungszentrums der ukrainischen Streitkräfte „Desna“ **unter Leitung von NATO-Instrukteuren die Ausbildung von Personal von Scharfschützenzügen** der 57., 58.

Panzergrenadier- und der 10. Gebirgsturmbbrigade, die in der Folge in die Zone der Strafoperation im Donbass geschickt werden sollen. In den ukrainischen Streitkräften nimmt die Zahl von Verbrechen, die mit dem Diebstahl von Militäreigentum zusammenhängen, zu.

Am 11. Juli wurden im Gebiet von Borowenki auf der Basis eines rückwärtigen Koordinationspunktes der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Übungen mit für den rückwärtigen Dienst zuständigen stellvertretenden Kommandeuren von Verbänden und Truppenteilen sowie mit für den Treibstoffdienst zuständigen Leitern durchgeführt. Diese Veranstaltungen hängen mit den fortgesetzten Inspektionen zusammen, die vom Kommandeur

der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“, Generalmajor Krawtschenko geleitet werden, zusammen. Im Verlauf seiner Arbeit hat Krawtschenko ein Feldartillerielager der 14. Brigade sowie Einheiten der Brigade an der vordersten Linie in Solotoje und Kalinowo-Popasnoje besucht. In der Folge der Kontrollen wurden zahlreiche Fälle von Verkauf von Munition, militärischem technischen Material und Treibstoff durch Soldaten entdeckt. Die eingenommen Geldmittel haben die Soldaten zur persönlichen Bereicherung sowie dem Kauf von Alkohol und Drogen verwendet. Gegen eine Reihe von Funktionsträgern der Verbände und Truppenteile hat die Militärstaatsanwaltschaft Strafverfahren aufgenommen. Die militärisch-politische Führung der Ukraine unterstützt weiter die Entwicklung radikaler faschistischer, neonazistischer Bewegungen im Land. Zur Erreichung dieses Ziel werden minderjährige Kinder herangezogen.

**So ist in Starobelsk auf dem Gebiet des Kinderferienlagers „Tschajka“ eine Ausbildungseinheit des ukrainischen Freiwilligenkorps „Rechter Sektor“ stationiert, die die Anwerbung von Kindern aus schwierigen Familienverhältnissen organisiert, um sie in praktischen Fertigkeiten der taktischen Kampfführung und des Überlebens unter Kriegsbedingungen auszubilden. Zum Zwecke der Anwerbung potentieller Kandidaten haben die ukrainischen Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“ die Zusammenarbeit mit örtlichen Rechtsschutzorganen organisiert, die den Nationalisten Informationen über Kinder, die potentielle Schüler dieses faschistischen Lagers sein könnten, zur Verfügung stellt. Bei der Festnahme minderjähriger Krimineller schlagen ihnen die Ordnungshüter die Alternativen vor – eine Strafe für die begangene Tat zu verbüßen oder zur Ausbildung in das Lager zur faschistischen-nationalistischen Erziehung der Jugend zu gehen. Im Zusammenhang damit rufen wir die Weltöffentlichkeit und die internationalen Organisationen auf, die Handlungen Kiewsm die auf die Entstehung einer neuen Generation von Faschisten im Zentrum des europäischen Kontinents gerichtet sind, zu unterbinden.**

de.sputniknews.com: Putin will mit Macron globale Fragen lösen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron in einem Telegramm zum am 14. Juli gefeierten Nationalfeiertag gratuliert. Die Mitteilung wurde auf der offiziellen Seite des Kremels veröffentlicht.

„Das Oberhaupt des russischen Staates hat die russisch-französischen Beziehungen hoch bewertet. Sie spielen traditionell eine besondere Rolle in den europäischen Angelegenheiten und sind ein wichtiger Faktor in der Gewährleistung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität auf dem Kontinent“, hieß es.

Putin äußerte die Hoffnung, dass die Ergebnisse des Mai-Besuchs von Macron in Russland die Entwicklung beiderseitig vorteilhafter Beziehungen und des politischen Dialogs zwischen Moskau und Paris in verschiedenen Bereichen fördern würden.

„Ich bin sicher, dass wir durch gemeinsame Handlungen unserer Länder vieles für die Lösung von aktuellen Fragen auf der regionalen und globalen Agenda machen können“.

Emmanuel Macron und seine Ehefrau Brigitte werden am Sonntag nach Moskau kommen, um das WM-Finalspiel zwischen dem französischen und dem kroatischen Team im Luschniki-Stadion mitzuerleben. Wladimir Putins offizieller Sprecher, Dmitri Peskow, bestätigte gegenüber Sputnik, dass es während des Besuchs „auf alle Fälle“ Kontakt zwischen den zwei Staatshäusern geben werde.

Am 24. Mai hatten Wladimir Putin und Emmanuel Macron in Sankt Petersburg ein Treffen abgehalten, bei dem Schlüsselthemen – die Ukraine, der Nahe Osten, die Iran-Frage – erörtert wurden.

[ukrinform.ua](http://ukrinform.ua): Frankreich liefert Hubschrauber an die Ukraine.

[ukrinform.ua](http://ukrinform.ua): Das ukrainische Innenministerium und das französische Unternehmen Airbus Helicopters

haben ein Abkommen über die Lieferung von 55 Hubschraubern unterzeichnet. Dies teilte Premierminister Wladimir Grojsman auf Twitter mit.

"Am Nationalfeiertag Frankreichs haben wir das wichtige Abkommen zwischen dem Innenministerium und dem Unternehmen Airbus Helicopters über die Lieferung von 55 Hubschraubern für die Bedürfnisse der Polizei, der Nationalgarde, der Grenzpolizisten und des Katastrophenschutzdienstes unterschrieben. Der Vertragswert beträgt 555 Mio. Euro. Einen Teil der Finanzierung gewährleisten die französischen Partner", so Grojsman.

de.sputniknews.com: Frankreich liefert 55 Mehrzweckhubschrauber an ukrainische Militärs Die ukrainische Regierung und der französische Hubschrauberhersteller Airbus Helicopters haben einen Liefervertrag für 55 Hubschrauber abgeschlossen, teilte der Pressedienst des Ministerkabinetts der Ukraine am Samstag mit.

Laut der Vereinbarung sollen die Maschinen dem staatlichen Notdienst, der nationalen Polizei sowie der Nationalgarde und dem Grenzschutzdienst der Ukraine zur Verfügung gestellt werden.

„Die Regierung der Ukraine und der französische Luftfahrtgigant Airbus Helicopters haben ein Abkommen über die Lieferung von 55 Helikoptern für den Bedarf der Nationalpolizei, des staatlichen Notdienstes, des staatlichen Grenzschutzdienstes und der Nationalgarde unterzeichnet. Das Abkommen wurde im Regierungsgebäude in Anwesenheit des ukrainischen Ministerpräsidenten Wladimir Grojsman signiert“, hieß es.

Der Vertragswert beträgt 555 Millionen Euro. Französische Banken sollen die Finanzierung teilweise übernehmen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32155/15/321551516.jpg>

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR hat die Rektorin der Donezker Akademie für Verwaltung und Staatsdienst beim Oberhaupt der DVR, Dr. der Ökonomie Larissa Kostorowez von der laufenden Arbeit der Hochschule berichtet.

„Im Jahr 2016 wurde unsere Donezker staatliche Verwaltungsuniversität durch einen Erlass des Oberhauptes der DVR in Donezker Akademie für Verwaltung und Staatsdienst beim Oberhaupt der DVR umbenannt. Dies ist eine bestimmte Verantwortung, die auf den Lehrern liegt, weil wir begonnen haben, einen Schwerpunkt auf solche Fächer wie „Staatlicher und kommunaler Dienst“, „Regionale Verwaltung und örtliche Selbstverwaltung“ zu legen. Daneben bilden wir leitende Kader für die gesamte Republik aus“, unterstrich sie.

Inzwischen ist es uns dank neuen Kadern gelungen, das Professoren- und Dozentenpersonal zu erneuern, das 2014 auf 40% zurückgegangen war.

„Viele Studenten arbeiten bis zum Zeitpunkt des Erhalts ihres Diploms, weil sie bis zum Erhalt ihres Abschlusses zur Kaderreserve gezählt wurden. Beispielsweise arbeiten sie im Ministerium für Einnahmen und Abgaben der DVR. In diesem Jahr hat uns das Staatssicherheitsministeriums der DVR erfreut. Mit jedem Jahre wird der Kreis der Ministerien, die an unseren Absolventen interessiert sind, größer“, fuhr die Rektorin fort. Die Studenten der Akademie studieren auch im Kursker Institut für Management, Ökonomie und Betriebswirtschaft und erhalten nach Abschluss der Hochschule zwei Diplome. Larissa Kostrowzew unterstrich das hohe Ausbildungsniveau der Abiturienten in diesem Jahr. Im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass haben bereits 40 Personen ihre Dokumente bei der Akademie eingereicht. Außerdem werden auch Absolventen von Schulen der LVR in die Akademie aufgenommen.

de.sputniknews.com: Vor Putin-Trump-Gipfel: Donezk warnt vor Kiews Provokationen im Donbass

Der Pressedienst-Leiter des Operativkommandos der Donezker Volksrepublik, Daniil Bessonow, schließt militärische Provokationen seitens der ukrainischen Streitkräfte im Donbass vor dem Treffen zwischen Wladimir Putin und Donald Trump nicht aus.

„Laut den uns vorliegenden Informationen wurden dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte im Vorfeld der für 16. Juli anberaumten Zusammenkunft zwischen dem russischen und dem US-Präsidenten die Befehle erteilt, provokative Beschüsse des Territoriums der Donezker Volksrepublik zu intensivieren“, sagte Bessonow am Samstag vor Journalisten. Ihm zufolge sind Journalisten von ukrainischen Medien in den Donbass gereist, um Fake-Videos über angebliche Verletzungen der Waffenruhe seitens der Streitkräfte der Donezker Volksrepublik zu drehen.

Am 16. Juli soll das Gipfeltreffen zwischen Putin und Trump in Helsinki stattfinden. Laut dem Kreml beabsichtigen die beiden Staatschefs, die Perspektiven der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen sowie aktuelle Fragen der internationalen Politik zu erörtern...

ukrinform.ua: Vizepremierministerin benennt Hindernisse für Gendergleichheit

Die Vizepremierministerin, Iwanna Klimpusch-Zinzadse, die für die Europa-Integration und die Europa-atlantische Zusammenarbeit zuständig ist, hat mit der speziellen Vertreterin in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zu Genderfragen Heidi Frey (Kanada) die Verstärkung der weiteren Zusammenarbeit bei der Umsetzung der staatlichen Politik betreffs der Gewährleistung der Gendergleichheit in der Ukraine erörtert.

Dies teilt das Regierungsportal mit.

Die Vizepremierministerin betonte, dass die Ukraine das einzige Land sei, das die Resolution des UN-Sicherheitsrats während des Militärkonfliktes gebilligt hatte.

"Vorrangig sind die Verstärkung der Teilnahme der Frauen an der Beschlussfassung in den Bereichen Staatssicherheit und Verteidigung, an der Friedenstätigkeit sowie die Gewährleistung des Schutzes für Frauen und Mädchen, die Vorbeugung und das Reagieren auf Gendergewalt", hob Klimpusch-Zinzadse hervor.

Sie machte auch deutlich, dass es viele Hindernisse auf dem Weg zu der Gendergleichheit in der Ukraine, darunter Populismus, Manipulationen und sehr langsame Veränderung des Bewusstseins der Menschen gebe.

Die kanadische Vertreterin in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE betonte erhebliche positive Veränderungen und Fortschritte bezüglich der Annäherung der Ukraine an die hohen Standards der EU und der NATO in der Genderpolitik. Die weitere Entwicklung dieser Richtung werde zu einer Grundlage für erfolgreiche Umsetzung der Reformen und der

[Anerkennung der demokratischen Gesellschaft in der Ukraine, fügte sie hinzu.](#)

de.sputniknews.com: Putins „Präsidenten-Limousine“ erweckt Interesse im Ausland  
Mehrere Länder zeigen Interesse für die neuen russischen Luxus-Wagen „Aurus“ der „Cortege“-Baureihe. Das teilte der an der Entwicklung der Limousine beteiligte Professor von der Polytechnischen Peter-der-Große-Universität Sankt Petersburg Alexej Borowkow vor der Presse mit.

Demzufolge sei die Aufmerksamkeit auf die Luxus-Karosserie in erster Linie damit verbunden, dass der Präsident Wladimir Putin den Wagen dem Kronprinzen Abu Dhabi, Scheich Muhammad bin Zayid Al Nahyan, während dessen Moskau-Besuchs im Juni gezeigt habe. „Das Land ist reich. Es gibt sehr viele Menschen, die bereit wären, die Wagen dieser Klasse zu besichtigen und zu kaufen“, so Borowkow.

Im Vorfeld des Treffens zwischen Putin und seinem US-amerikanischen Amtskollegen, Donald Trump, in Helsinki sei ein „Cortege“-Auto in die finnische Hauptstadt gebracht worden. Das Fahrzeug soll von den lokalen Medien beleuchtet worden sein.

„Der Wagen wurde erstmals außerhalb Russlands gezeigt. Das steigert auch das Interesse“. Das Projekt „Cortege“ sieht die Schaffung einer Fahrzeugfamilie – Limousine, Sedan und Minivan – auf einer einheitlichen Modulplattform für Staatspersonen vor. 12,4 Milliarden Rubel (umgerechnet etwa 171 Millionen Euro) wurden aus dem Haushalt in das Projekt investiert. Anfang 2019 sollen die Autos unter dem Markennamen „Aurus“ auf den Markt kommen. Der Preis werde bei sechs bis sieben Millionen Rubel (96.600 Euro) ansetzen.

Am 17. Mai war der Luxuswagen der „Cortege“-Baureihe erstmals dem Publikum vorgeführt worden, als der russische Staatschef vor seiner Vereidigung damit vorgefahren war. Zuvor waren im Wagenpark der russischen Präsidenten seit den 1990er Jahren ausschließlich Luxuswagen der Marke Mercedes vertreten gewesen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32062/09/320620967.jpg>

**abends:**

[timer-odessa.net](#): In Nikolajew wird ab Montag die Wasserversorgung reduziert, es gibt nichts zum Desinfizieren

Am Montag, dem 16. Juli, reduziert „Nikolajewwodokanal“ die Wasserversorgung für die Verbraucher aufgrund eines Defizits an Chlorreserven. So heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens.

Flüssiges Chlor wird zur Desinfizierung von Wasser benötigt, aber aufgrund der Stilllegung der Anlage des Betriebes „Dnjeprsoasot“ wurde es nicht mehr geliefert. Die vorhandenen Reserven reichen noch etwa für eine Woche. Um sie zu strecken, begrenzt das Unternehmen die Wasserversorgung für Nikolajew und seine Einwohner.

de.sputniknews.com: „Intransparent“: Russische Botschaft kritisiert Ermittlung der Amesbury-Vergiftung

Die russische Botschaft in London hat das von Großbritannien vorgeschlagene Verfahren der „Verifikation“ des in Amesbury gefundenen Nervengifts einer Kritik unterzogen. Laut einem Sprecher der Botschaft verstößt dieses Verfahren gegen die Mechanismen, die in der Chemiewaffenkonvention festgeschrieben sind.

Am Freitag hatte das britische Außenministerium mitgeteilt, Anfang nächster Woche würden in Großbritannien Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) eintreffen, um den Inhalt des Fläschchen, das im Haus von Charlie Rowley in Amesbury gefunden worden war, zu analysieren.

„Dieses Verfahren der ‚unabhängigen Verifikation‘ des Nervenkampfstoffs, das erneut von der britischen Seite eingeleitet wurde, ist intransparent und fällt aus dem Rahmen der in der Chemiewaffenkonvention festgeschriebenen Mechanismen. Diese Initiative ist ein weiterer Schritt zur Politisierung der OPCW zum Schaden für ihren Ruf. Wir rufen die britischen Behörden erneut auf, bei den Ermittlungen offen zu sein, solange es noch möglich ist, den Schaden zu beheben, den sie bereits dem internationalen Image ihres Landes zugefügt haben“, sagte der Sprecher.

Der Diplomat erinnerte daran, Russland habe nach dem Vorfall mit Sergej und Julia Skripal in Salisbury im März dieses Jahres mehrmals vorgeschlagen, die in der Konvention festgeschriebenen Mechanismen für eine gemeinsame Ermittlung zu verwenden.

„Die britische Seite hat jedoch jegliche Zusammenarbeit mit uns abgelehnt, keine deutlichen Antworten auf unsere berechtigten, vernünftigen und informativen Fragen gegeben. Stattdessen hat sie weiter gegen Russland unbegründete Anschuldigungen erhoben und dabei den Buchstaben und den Sinn der Chemiewaffenkonvention untergraben“, sagte der Diplomat...

Dnrsovet.su: Kommentar des Abgeordneten des Volkssowjets Sergej Sawdowjew im Zusammenhang mit dem Wunsch Poroschenkos, die NATO für die Frage der Stationierung von „Blauhelmen“ im Donbass heranzuziehen.

Der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko berichtete während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Generalsekretär der NATO Jens Stoltenberg in Brüssel über eine neue fixe Idee.

Nach Meinung des ukrainischen Staatsoberhaupt kann eine direkte Beteiligung der NATO an einer Friedensmission der UNO dabei helfen, den Konflikt im Donbass ein für alle Mal zu regeln. Außerdem rechnet Kiew auch auf die Unterstützung der NATO bei der Rückerlangung der Kontrolle über die Grenzen mit Russland im Süden des Landes.

Solche Erklärungen des ukrainischen Präsidenten bestätigen ein weiteres Mal, dass Kiew einen Weg der Konfrontation bei den Beziehungen nicht nur mit dem Donbass, sondern auch mit Russland gewählt hat.

Wir haben mehrfach erklärt, dass ein Friedenskонтinent der NATO oder eine beliebige andere bewaffnete Mission zu fatalen Folgen führen wird und ein Krieg unausweichlich wird. Eine Einmischung einer dritten Seite wird beim Verhandlungsprozess nicht hilfreich sein.

Die einzige richtige Variante einer friedlichen Regelung ist ein direkter Dialog Kiews mit den Republiken des Donbass.

de.sputniknews.com: Nato ist „Atavismus aus den Zeiten des Kalten Krieges“ – Lawrow  
Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat die Nato in einem Interview mit dem bekannten Fernsehmoderator Larry King als „Atavismus aus den Zeiten des Kalten Krieges“ bezeichnet. „Die Nato ist ein Atavismus aus den Zeiten des Kalten Krieges, aber zugleich ist das eine Realität, die wir akzeptieren. Wir glauben, dass die Versuche der Nato, ihre Aktivitäten immer näher an die russische Grenze auszuweiten (...) kein Weg zur Lösung der heutigen Probleme sind“, sagte Lawrow.

Er wies darauf hin, dass Russland und die Allianzmitglieder gemeinsame Feinde und Probleme haben, die eine Lösung erfordern würden, darunter der internationale Terrorismus, der Klimawandel sowie der Drogenhandel und das organisierte Verbrechen.

„Nichts davon wird durch die Nato-Erweiterung effektiv gelöst“, betonte der Außenminister. Er fügte hinzu, dass das Bündnis anderen Ländern nicht diktieren dürfe, wie sie mit Fragen der Sicherheit umgehen sollen, deshalb sei ein Dialog notwendig.

Lawrow erinnerte daran, dass Russlands Kooperation mit der Nato seit 2014 eingefroren sei. Die Nato-Staaten hatten am Mittwoch die Stationierung russischer Raketen in Kaliningrad als Provokation verurteilt und die „illegale Annexion“ der Krim erneut kritisiert.

„Es gibt nichts Neues in diesen Aussagen. (...) Für uns sind sie nur träge Gedanken aus den Zeiten des Kalten Krieges und nichts mehr“, so der Außenminister...